

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

05.09.2023

Inhalt

EWN

- 1 | **Atomausstieg in Zeitlupe – warum der Abbau des Kernkraftwerks Lubmin noch Jahrzehnte dauert**
mz.de (Mitteldeutsche Zeitung), 05.09.2023 3
- 2 | **Das ist Deutschlands oberste Endlager-Sucherin**
Braunschweiger Zeitung, 05.09.2023 10

Mitteldeutsche Zeitung

📄 mz.de (Mitteldeutsche Zeitung) | 05.09.2023

👤 Jan Schumann

🔗 WEBLINK

VERSEUCHTE REAKTORBLÖCKE

Atomausstieg in Zeitlupe – warum der Abbau des Kernkraftwerks Lubmin noch Jahrzehnte dauert

Am Abbau des DDR-Atomkraftwerks in Lubmin wird seit rund 30 Jahren gearbeitet – weitere 30 Jahren könnten locker hinzukommen. Wieso das Ende der Kernkraft in Deutschland ein Abschied in Zeitlupe ist.

Lubmin/MZ - Wer hier rein will, wird erst einmal in die Umkleidekabine geschickt. Weißer Schutzanzug, weiße Überzieher für die Schuhe, man kennt das aus dem Fernsehen. Es gilt Helmpflicht. Und an der schweren Tür zur „Zentralen aktiven Werkstatt“ warnt ein Schild kurz und bündig: „Kontrollbereich – Radioaktiv“.

Wer hindurchgeht, versteht ab sofort sein eigenes Wort nicht mehr. Denn in dieser Arbeitshalle wird das alte Kernkraftwerk Lubmin in seine Einzelteile zerlegt. Betonblöcke werden zersägt, Anlagenteile mit dem Schneidbrenner bei 1.200 Grad zerteilt. Und Hochdruckwasserstrahlen spritzen all diese zerlegten Bauteile ab, um nukleare Restspuren gründlich zu beseitigen. Alternativ tut es auch ein Bad in 60-prozentiger Phosphorsäure bei Temperaturen um die 90 Grad Celsius.

Kernkraftwerk in Lubmin lief von 1974 bis 1990

Klingt mühsam. Ist es auch, und zwar seit mittlerweile drei Jahrzehnten. Denn das volkseigene Kernkraftwerk „Bruno Leuschner“ – benannt nach dem Kommunisten, der in der DDR als Held der Arbeit verehrt wurde – läuft schon seit 1990 nicht mehr. Die Bundesrepublik erbte den Nuklearkomplex in Lubmin, der nur ein paar Gehminuten von der Ostseeküste entfernt liegt, nach der Wende. Die fünf Reaktorblöcke russischer Bauart galten bereits damals nicht mehr als sicher. Der sechste Block, gerade fertig gebaut, sah nie einen Brennstab. 1995 stand stattdessen bereits der Plan zur Demontage des Kernkraftwerks.

Seitdem ging viel Zeit ins Land. Pläne wurden geändert, verworfen, korrigiert. Wer von Anfang an dabei war, erinnert sich vielleicht noch, dass 2012 mal als Zieldatum galt: Anstelle der Reaktorblöcke sollte in Lubmin nur noch grüne Wiese blühen. Es blieb ein

Traum.

Stattdessen steht jetzt Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) auf dem zubetonierten AKW-Gelände und lässt sich die kleinteiligen Zerlegearbeit erklären. In weißem Schutzanzug und blauem Helm läuft sie durch die Werkstatt, sieht Funken fliegen, wo sich Schneidbrenner durch Anlagenteile fressen. Lubmin zeige, dass man ein Kernkraftwerk eben nicht einfach so abschalten könne, sagt Lemke. „Das verschlingt Arbeit für Jahrzehnte, das bindet auch Arbeitskräfte.“

Lemke ist Atomkraftgegnerin der ersten Stunde, sie ärgert sich jetzt: „Man hat beim Bau der Atomkraftwerke nie an den Rückbau gedacht.“ Das sei „verantwortungslos“ gewesen. Und an all jene, die weiterhin für die Nutzung von Kernenergie in Deutschland streiten: „Es wäre gut, wenn diejenigen, die über Atomkraft diskutieren, sich hier einmal die Realität anschauen.“

Die Realität sieht so aus: Keiner weiß ganz genau, wann das Kernkraftwerk bei Greifswald wirklich verschwunden sein wird. Denn das Zerlegen der alten, nuklear-verseuchten Anlagen aus dem Inneren der Reaktorblöcke ist nur der erste Schritt. Der zweite ist der Abriss all der massiven Betongebäude.

Umweltminister: Das sind die versteckten Kosten der Atomenergie

Wie lange das dauert? Wahrscheinlich bis in die 2050er oder gar 2060er Jahr, glaubt Mecklenburg-Vorpommerns Umweltminister Till Backhaus (SPD). All die Arbeiten verschlingen Milliarden Euro Steuer-geld. „Das sind die wahren Kosten der Atomenergie“, sagt Backhaus. „Würde man sie auf den aktuellen Strompreis in Deutschland draufschlagen, wäre dieser gut zehn Prozent höher.“ Und man dürfe ja nicht ver-

gessen: „Da ist die Endlagerung des Atommülls noch gar nicht mit drin.“

So viel zum Mythos, Atomstrom sei billig. So sieht es Backhaus.

So zeigt das DDR-Kernkraftwerk in Lubmin also bereits jetzt, was in den kommenden Jahrzehnten in der gesamten Bundesrepublik folgen könnte: ein Abschied in Zeitlupe vom Atomstrom. Im April 2023 gingen die letzten drei deutschen Meiler vom Netz, gut 30 Reaktorblöcke auf dem Gebiet der Bundesrepublik lagen bereits vorher still. In vielen dieser Fälle droht nun ein quälend langer Abriss nuklearer Ruinen. Parallel dazu sucht die Bundesregierung immer noch nach einem geeigneten Endlager für den Atommüll.

Wieso das alles so lange dauert – und Jahr um Jahr vergeht bei der Demontage radioaktiver Altlast – ist in der „Aktiven Werkstatt“ in Lubmin gut zu sehen. Der Name dieser Halle täuscht, weil es hier nicht ums Konstruieren geht, sondern ausschließlich ums Zerlegen – und zwar wirklich kleinteilig. Jedes Bauteil aus dem früheren Kraftwerk, von der Schraube übers Kabel bis hin zum Rohr, wird hier so lange in handliche Einzelheiten zerlegt, bis es in bereitliegende Boxen passt.

Diese sind gerade einmal 120 Zentimeter lang. In solchen Kisten verschwindet nun also dieses alte DDR-Kernkraftwerk Stück für Stück. Allerdings: Vor der Werkstatt stehen noch massenhaft Schrottcontainer mit unbehandeltem Material.

AKW-Abbau in Lubmin beschäftigt seit der Wende 900 Leute

Und: Jedes Teil, das in den Boxen verschwindet, muss vorher gründlich gereinigt und dekontaminiert werden. Das wird kontrolliert – so wie alles kontrolliert wird, was diese potenziell radioaktiv belastete Werkstatt verlässt. Die Kisten mit den gesäuberten Abfällen müssen die sogenannte „Freimessanlage“ passieren. Nur unbelastetes Material kann recycelt werden. Alles andere muss ins Endlager, so wie die Brennstäbe.

Es ist eine Fummelarbeit, die seit Jahrzehnten knapp 900 Leute beschäftigt. Einige von ihnen arbeiteten schon hier, als das 1974 gestartete Kraftwerk noch

Strom erzeugte. Ihr Expertenwissen über die alte Technik können sie hier auch noch im Abbau gebrauchen. Allerdings: Viele dieser Mitarbeiter stehen vor dem Ruhestand.

Seit April 2023 ist die Atomstrom-Ära in Deutschland beendet, überall in der Republik könnte jetzt der Abbau alter Reaktoren beginnen. Oder doch nicht? Es gibt Leute, die es anders sehen und die Technik noch nicht beerdigen wollen. Erst vor wenigen Tagen diskutierten die FDP-Fraktion im Bundestag über ein Papier, laut dem „der Rückbau der noch funktionierenden Kernkraftwerke gestoppt werden sollte“. Deutschland brauche auch in Zukunft weiter grundlastfähige Atomkraftwerke, forderten FDP-Politiker, denn: „Nur so bleiben wir in jeder Situation handlungsfähig.“

Olaf Scholz über Atomkraft in Deutschland: „totes Pferd“

Umweltministerin Lemke ließ den Vorstoß abtropfen – auch unter dem Eindruck der Nuklearruine von Lubmin. Sie wolle nicht jede einzelne Idee aus den Reihen der FDP kommentieren, erklärte die Dessauerin. Aber: „Es ist die eigene Verantwortung der FDP, ob sie einen so rückwärtsgewandten Antrag in den Deutschen Bundestag einbringen möchte.“ Tage später stellte auch Kanzler Olaf Scholz (SPD) klar, dass Kernenergie in der Bundesrepublik ein „totes Pferd“ sei. „Sie wird in Deutschland nicht mehr eingesetzt“, so Scholz.

Indes geht der Abbau in Lubmin Schritt vor Schritt weiter. Das bundeseigene „**Entsorgungswerk für Nuklearanlagen**“ hat ausgerechnet, dass im AKW „Bruno Leuschner“ insgesamt 440.000 Quadratmeter Oberfläche dekontaminiert und entsorgt werden müssen. Das entspreche 62 Fußballfeldern. Oder anders gesagt: Wenn das Kernkraftwerk irgendwann mal abgebaut ist, wurden 1,8 Millionen Tonnen aus Lubmin weggeräumt.

Um die „Aktive Werkstatt“ ins Freie verlassen zu dürfen, müssen nicht nur die gesäuberten Schrauben, Kabel und Rohre per Messung freigegeben werden. Auch Menschen werden in der Schleuse gescannt. 40 Sekunden dauert es, bis der Bildschirm schließlich aufleuchtet: „keine Kontamination“.



Bildunterschrift: Seit Jahrzehnten wird kontaminierte Technik aus dem Kernkraftwerk in Lubmin entfernt. Unklar ist, wann alle Reaktorblöcke abgebaut sein werden.



Bildunterschrift: *Reaktorblock 6 im Atomkraftwerk Lubmin: Er wurde zwar noch fertiggebaut, ging aber nie in Betrieb.*



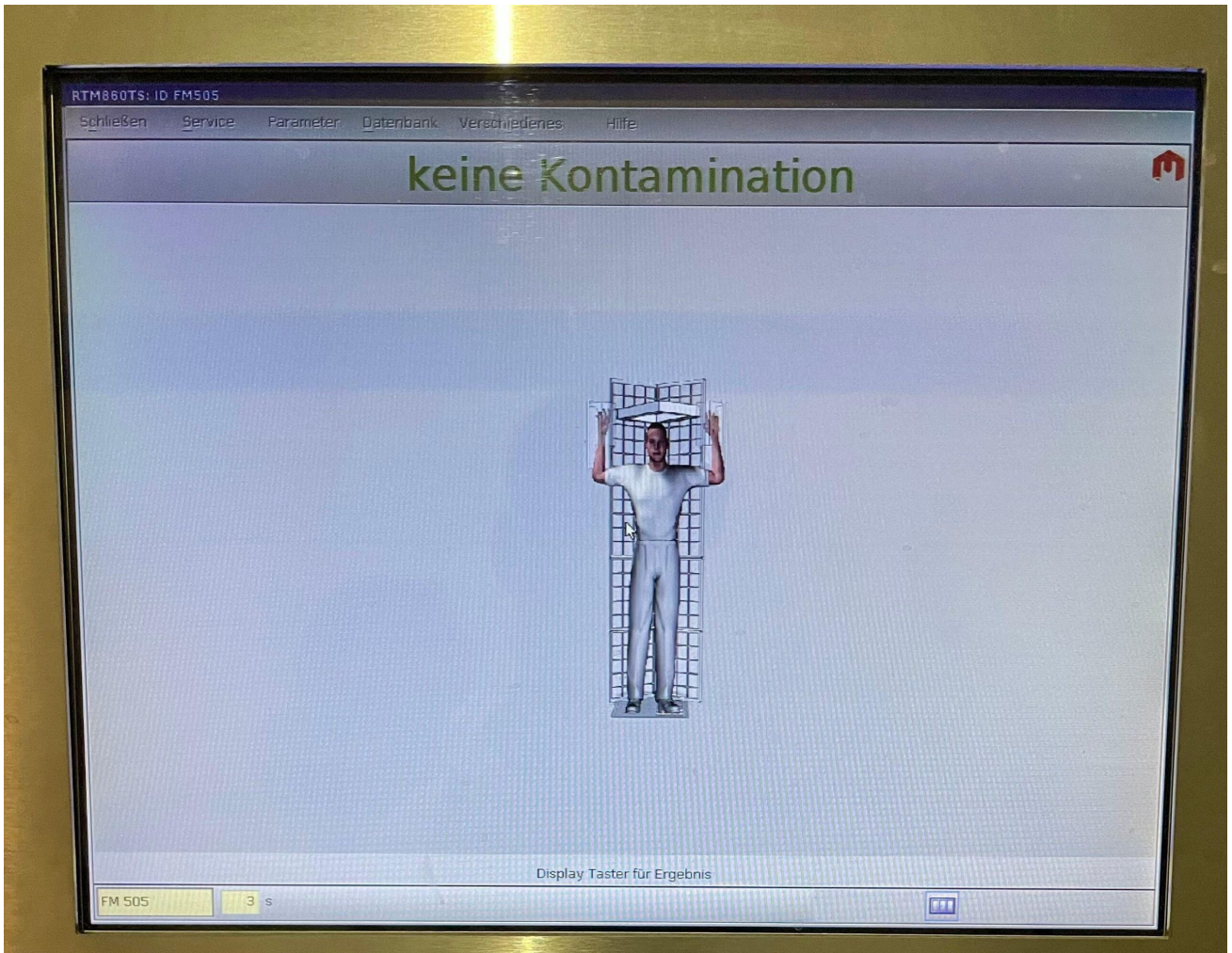
Bildunterschrift: Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) mit Schutzkleidung im AKW Lubmin.



Bildunterschrift: In der "Aktiven Werkstatt" werden die Bauteile des alten Kernkraftwerks auseinandergeschnitten und dekontaminiert.



Bildunterschrift: Kernkraftwerk-Betrieb in Lubmin seit 1974: Die Technik kam aus der Sowjetunion.



Bildunterschrift: Wer aus der "Aktiven Werkstatt" des AKW Lubmin heraus will, muss erst durch die Schleuse: samt Strahlenmessung.

 Braunschweiger Zeitung | 05.09.2023 | S. 9

 Auflage: 27.618 | Reichweite: 83.003

 Andre Dolle

Das ist Deutschlands oberste Endlager-Sucherin

Von Peine aus ist Iris Graffunder bald als BGE-Chefin auch für Asse und Schacht Konrad zuständig. Sie verspricht Transparenz.

Peine. Als Iris Graffunder am Anfang ihres Studiums zur Strahlenschutzingenieurin stand, explodierte der Reaktor in Tschernobyl. Jetzt erst recht, habe sie damals gedacht. Diese Sätze diktierte sie vor einigen Jahren einem Reporter der „Frankfurter Rundschau“ in den Block.

Diese kämpferische Einstellung wird sich die 56-Jährige in den nächsten Jahren beibehalten müssen. Denn sie wird bei ziemlich allen wichtigen Atommüll-Fragen im Fokus stehen. Die Karlsruherin mit Wurzeln im Sauerland wird ab Januar neue Chefin der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE).

Die Gesellschaft in Peine mit ihren 2200 Mitarbeitern steht vor großen Aufgaben: Sie soll das Endlager für hoch radioaktiven Atommüll finden, sie soll den Atommüll aus der Asse bei Wolfenbüttel bergen – und sie soll das geplante Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll, Schacht Konrad in Salzgitter, in Betrieb nehmen. Jede einzelne Aufgabe für sich genommen ist hochkomplex – und hochemotional, weil mit dem Atommüll große Ängste verbunden sind.

Graffunder sagte unserer Zeitung: „Ich bin Druck gewohnt und gehe nicht davon aus, dass es bei der BGE anders sein wird.“ Obwohl die Strahlenschutzingenieurin sich schon seit mehr als drei Jahrzehnten mit dem Thema radioaktive Abfälle beschäftigt, überraschte die BGE Mitte August mit der Personalle. Da Graffunder noch als Vorsitzende der Geschäftsführung der Kerntechnischen Entsorgung Karlsruhe GmbH (KTE) gebunden ist, startet sie als neue Vorsitzende der BGE-Geschäftsführung erst ab Januar. Bei der KTE ist sie bereits Chefin von 700 Mitarbeitern.

Auch sonst liest sich ihre Vita wie gemacht für den Chefposten bei der BGE. Die Gesellschaft sprach in der Überschrift ihrer Mitteilung, in der Graffunder als neue Chefin angekündigt wurde, vollmundig von einer „Fachfrau“. Beobachter sind da noch deutlich vorsichtiger. Heike Wiegel von der Initiative AufpAssen etwa

sagte auf Anfrage: „Die Erwartungen an Frau Graffunder sind sehr hoch. Wir hoffen, dass bei ihr ein anderer Wind weht.“

Gerade bei der Asse fühlten sich viele Initiativen und auch Kommunalpolitiker stark zurückgesetzt angesichts der „Basta-Politik“ der alten BGE-Spitze um Stefan Studt (SPD) und Steffen Kanitz (CDU). Die BGE ließ in der Vergangenheit gar keinen Zweifel daran, dass das Zwischenlager unmittelbar an der Asse entstehen soll, um den geborgenen Atommüll einige Jahrzehnte lang aufzunehmen, bevor er endgelagert wird. Hier wünscht sich Wiegel schlicht „mehr Fairness“ von Graffunder. Und endlich einen Standortvergleich. Der dürfte aber wohl wahrscheinlich auch unter Graffunder nicht erfolgen, schließlich wusste die BGE das Bundesumweltministerium stets hinter sich.

Für Helge Bauer von der Initiative Ausgestrahlt war Graffunder bisher ein unbeschriebenes Blatt. „Ich habe sie nicht großartig wahrgenommen“, sagte er. Er sei deshalb sehr gespannt. Er attestiert ihr aber, eine „Fachfrau“ zu sein. Und, ganz wesentlich: „Es scheint dieses Mal keine parteipolitische Entscheidung gewesen zu sein.“

CDU-Parteibuch

Graffunder hat zwar ein CDU-Parteibuch. Sie ist aber lediglich Beisitzerin in einem kleinen CDU-Ortsverband bei Karlsruhe. Das war bei ihrem Vorgänger als Vorsitzender der BGE-Geschäftsführung, Stefan Studt, anders. Der ehemalige Innenminister von Schleswig-Holstein brauchte 2017/2018 dringend einen neuen Posten, weil das Kabinett von Torsten Albig (SPD) abgewählt wurde. Auch Steffen Kanitz, der wie Studt seinen Posten in der BGE-Geschäftsführung bereits geräumt hat, brauchte damals einen neuen Job. Der Dortmunder verlor sein Bundestagsmandat.

Politisches Geschmäcke sucht man bei Graffunder also vergebens. Man hätte sie nicht nur als KTE-Chefin,

sondern auch als Mitglied der Entsorgungskommission kennen können. Die Kommission ist das im Endlagerbereich wichtigste Beratungsgremium des Bundesumweltministeriums. Außerdem war sie verantwortliche Projektmanagerin für Castor-Transporte in Zwischenlager.

Auch von Peine aus wird sie harte Entscheidungen treffen müssen. „Das bin ich gewohnt“, sagte sie nüchtern. Sie wird sich in Peine einen Zweitwohnsitz suchen. Die Region Braunschweig-Wolfsburg kenne sie schon, erklärte sie: „Mit der Region verbinde ich häufige Dienstreisen zum Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter-Lebenstedt und zur damaligen DBE in Peine.“ Die DBE war eine Art Vorgänger der BGE.

Selbstbewusst sagte die 56-Jährige: „Ich habe die Fähigkeit und das Bestreben, für nötige Kontinuität zu sorgen.“ Nach Studt und ihrer Vorgängerin Ursula Heinen-Esser (CDU) ist Graffunder bereits die dritte BGE-Chefin seit 2016.

BGE-Gründungsgeschäftsführerin Heinen-Esser wur-

de später Umweltministerin in Nordrhein-Westfalen und fiel durch die „Mallorca-Affäre“ um einen Urlaubsaufenthalt während der Ahrtal-Flutkatastrophe 2021 auf, in deren Zuge sie von ihrem Ministeramt zurücktrat.

Die nötige Kontinuität braucht es unbedingt, das unterstrichen auch Wiegel von AufpAssen und Bauer von Ausgestrahlt. Graffunder versprach möglichst viel Transparenz für die Entscheidungen der BGE. Ein höheres Tempo wollte sie vorerst nicht versprechen, sondern sich erst ein eigenes Bild machen.

Bei der Suche für das Endlager für hochradioaktiven Atommüll kommt die BGE nicht wie gewünscht voran. Im November war bekannt geworden, dass der angepeilte Termin, bis 2031 einen Standort festzulegen, nicht zu halten sei. Die BGE rechnet stattdessen im besten Fall mit dem Jahr 2046, ein anderes Szenario sieht gar einen Zeitkorridor bis 2068 vor. Auch bei Schacht Konrad gab es zuletzt zeitliche Rückschläge. Statt 2027 soll Konrad erst 2029 in Betrieb gehen.



Fotos: dpa/BGE, Collage: Jürgen Runo